

Wirtschaft in Sorge vor Nationalisten – Bekenntnis zur politischen Union – EZB-Politik bringt aus Sicht der Manager wenig – Europaweite Umfrage

Düsseldorf, 19. Mai 2016

Die deutsche Wirtschaft sieht im Aufkommen nationalistischer Parteien in der EU die größte einzelne Bedrohung für ein wirtschaftlich stabiles Europa. 20 Prozent der Manager bewerten das Erstarken solcher Parteien als Gefahr für die EU. Das sind fast doppelt so viele wie im gesamten Euroraum. Viel eher wünschen sich die Unternehmen mehr politische Zusammenarbeit in der EU. Über 80 Prozent der Manager befürworten eine stärkere Integration bei der Politik, gut ein Viertel mehr als im Durchschnitt aller Euroländer. Einen möglichen Ausstieg Deutschlands aus der EU kann sich unter den Managern hierzulande niemand vorstellen.

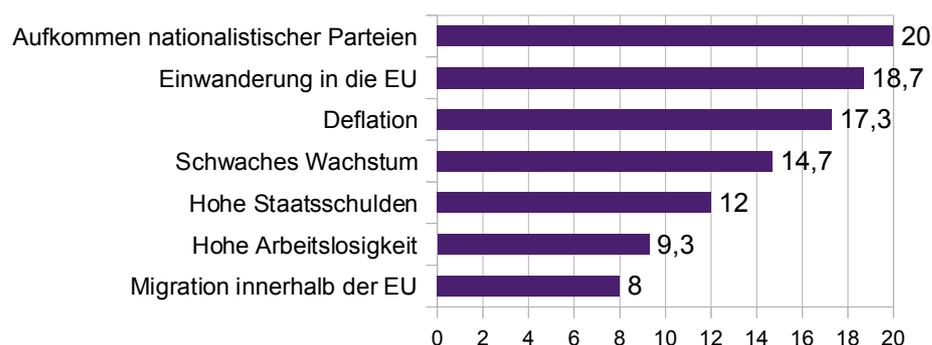
Bei ihren Nachbarn im Euroraum sieht das anders aus. Sie erwarten von der EU Hilfe, um Arbeitslosigkeit abzubauen, Wachstum zu fördern sowie die Einwanderung und das Anwachsen der Staatsschulden zu begrenzen. Bleibt die EU hier ohne Erfolg, würden Manager aus Finnland und einzelnen baltischen Ländern sogar einen Ausstieg aus der EU befürworten.

Das zeigt der Business Report Europa, für den die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Warth & Klein Grant Thornton mehr als 1000 Manager und Führungskräfte in mittelständischen Unternehmen in ganz Europa befragt hat. „Die deutsche Wirtschaft profitiert sehr vom Zusammenhalt der EU und muss die Sorgen und Forderungen, die gegen die EU sprechen, ernst nehmen“, sagt Joachim Riese, Vorsitzender des Vorstandes von Warth & Klein Grant Thornton: „Die Besorgnis vor nationalistischen Stimmungen zeigt, dass hier schon ein Umdenken unter den Managern eingesetzt hat.“

Nationalisten machen der Wirtschaft Sorgen

Was die wirtschaftliche Stabilität Europas aus Sicht deutscher Manager und Führungskräfte im Mittelstand zur Zeit am stärksten bedroht (Nennungen in Prozent).

Quelle: Warth & Klein Grant Thornton



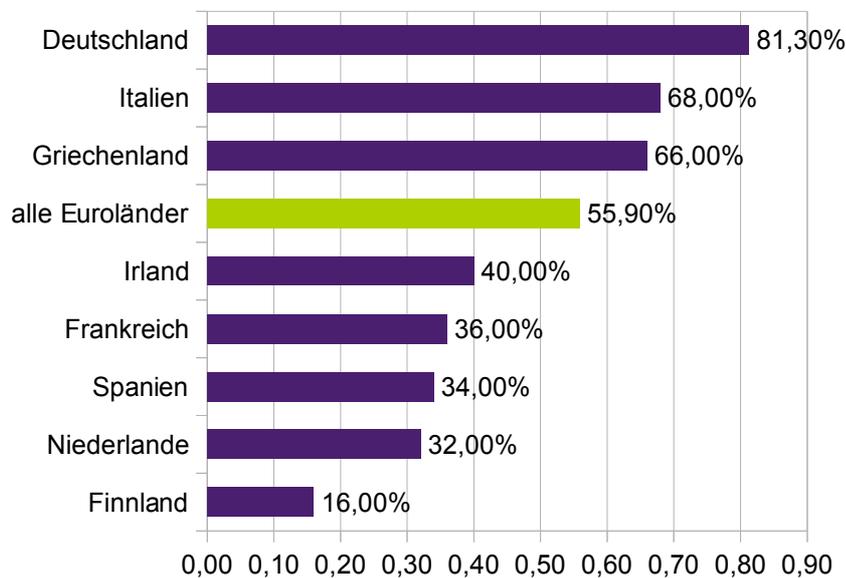
Gemeinschaftliche oder nationale Politik?

Sehr weit auseinander gehen die Meinungen in den mittelständischen Unternehmen der Euroländer, wenn es um eine stärkere politische Zusammenarbeit in der EU geht. Mit über 80 Prozent Zustimmung für eine noch weitergehende politische Integration erreicht die deutsche Wirtschaft einen europäischen Spitzenwert. Unter den Führungskräften im Mittelstand in Frankreich, Spanien und den Niederlanden ist die Zustimmung dagegen weit unterdurchschnittlich. Und in Finnland sehen sogar nur 16 Prozent der befragten Manager in einer gemeinschaftlichen Politik eine bessere Alternative als in nationalen politischen Alleingängen.

Deutsche Wirtschaft will mehr politische Integration

Befürworter einer stärkeren politischen Zusammenarbeit in der EU unter mittelständischen Unternehmen in der Eurozone (Nennungen in Prozent).

Quelle: Warth & Klein Grant Thornton



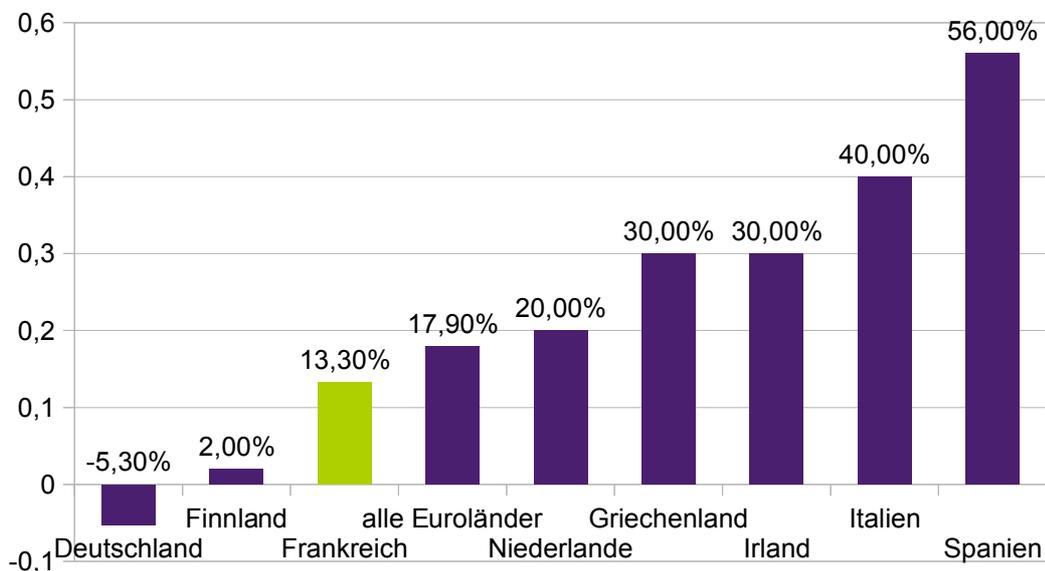
Die EZB verfehlt ihr Ziel

Obwohl die deutschen Manager zu den größten Befürwortern einer gemeinschaftlichen EU-Politik zählen, beurteilen sie das Handeln der Europäischen Zentralbank (EZB) derzeit skeptisch. Europaweit haben die Anleihekäufe der EZB in der deutschen Wirtschaft die geringste Zustimmung. Gut 31 Prozent der befragten Manager erwarten nicht, dass die Anleihekäufe der EZB die Konjunktur in der Eurozone stimulieren kann. Nur 25 Prozent rechnen dagegen mit einer positiven Auswirkung. Damit überwiegen zu über fünf Prozent die Skeptiker. In Spanien dagegen sind die Befürworter zu 56 Prozent in der Überzahl, im Durchschnitt aller Euroländer fällt die Zustimmung mit 13,3 Prozent ebenfalls sehr viel positiver aus.

Deutsche Wirtschaft gegen Anleihekäufe der EZB

Kann die EZB mit ihren Anleihekäufen die Konjunktur in der Eurozone positiv beeinflussen? (Zustimmung in Prozent).

Quelle: Warth & Klein Grant Thornton



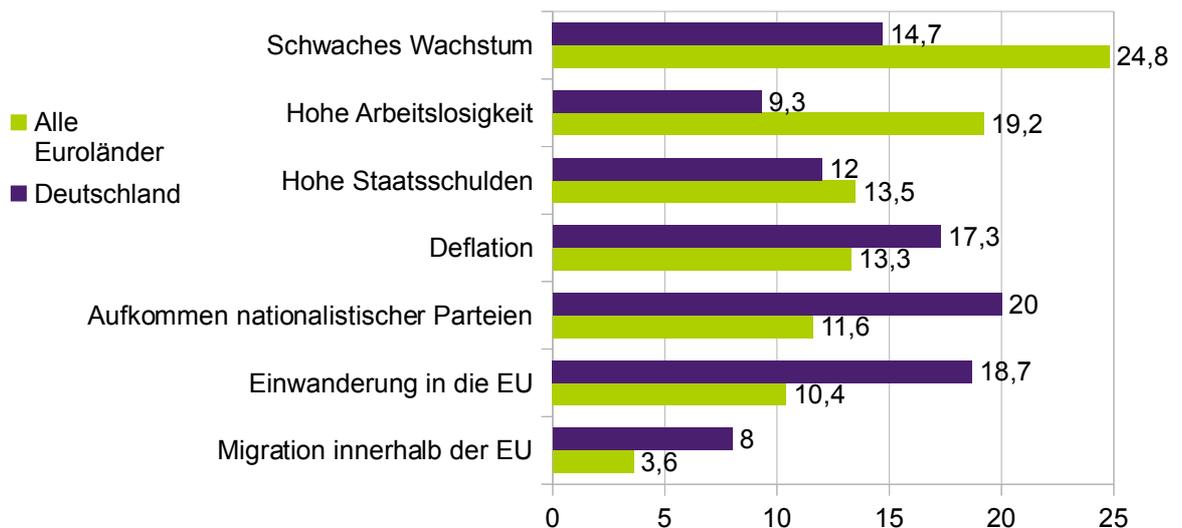
Wachstum, Arbeitslosigkeit, Staatsschulden

In den Nachbarländern der Eurozone spielt die Sorge vor nationalistischer Politik eine vergleichsweise geringe Rolle. Viel stärker beunruhigt die Wirtschaft hier das schwache Wachstum in der Eurozone, die Arbeitslosigkeit in ihren Ländern, das Anwachsen der Staatsschulden und die negativen Folgen einer möglichen Deflation. Die hohe Arbeitslosigkeit wird vor allem von Unternehmen in Spanien (38 Prozent) und Italien (34 Prozent) als Bedrohung für die EU wahrgenommen. Ein schwaches Wachstum macht zuerst den Managern in Frankreich (37,3 Prozent) und in Irland (32 Prozent) Sorgen. Die hohe Staatsverschuldung wird gerade in Italien und Irland (jeweils 20 Prozent) als Problem für die EU genannt. Das Aufkommen nationalistischer Parteien ist dagegen vor allem bei den Managern in Deutschland (20 Prozent) und etwas weniger in Spanien (14 Prozent) Grund zur Sorge für die wirtschaftliche Stabilität der EU. Sehr viel geringer ist diese Besorgnis aber in Frankreich (9,3 Prozent), Griechenland, Finnland und in den Niederlanden (je 6 Prozent).

Die Euroländer sorgen sich um das Wachstum

Was mittelständische Unternehmen in der Eurozone jetzt als größte einzelne Bedrohung für die wirtschaftliche Stabilität Europas ansehen (Nennungen in Prozent).

Quelle: Warth & Klein Grant Thornton



Über Warth & Klein Grant Thornton:

Warth & Klein Grant Thornton mit Hauptsitz in Düsseldorf gehört mit rund 86 Millionen Euro Jahresumsatz zu den Top 10 der deutschen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften. Über 750 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betreuen an zehn Standorten in Deutschland neben börsennotierten Unternehmen den großen Mittelstand. Schwerpunkte der Arbeit der Gesellschaft sind Wirtschaftsprüfung, Steuerberatung sowie Corporate Finance & Advisory Services. www.wkgt.com

Über den Business Report Europa:

Der „Business Report Europa“ von Warth & Klein Grant Thornton befragt mittelständische Unternehmen aus allen Branchen und Industriezweigen. Die Daten für die aktuelle Veröffentlichung basieren auf Interviews mit 1.050 Geschäftsleuten in der Eurozone. Befragte Personen sind in erster Linie CEOs sowie geschäftsführende und leitende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.